

Forschungsinstitut
Urban Management und Governance
Tätigkeitsbericht 2018

1 Editorial

1.1 Aufgaben des Forschungsinstituts

Das Forschungsinstitut für Urban Management und Governance wurde Ende 2010 eingerichtet, um Fragestellungen des modernen Stadtmanagements sowie der Urban Governance auf interdisziplinärer – vor allem wirtschafts-, rechts- und organisationswissenschaftlicher – Basis zu untersuchen und längerfristige Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten für die städtische Entwicklung aufzuzeigen. Nach Einrichtung der notwendigen Infrastruktur an der WU Wien wurden Projekte in unterschiedlichen Schwerpunktbereichen entwickelt. Die Forschungstätigkeit des Forschungsinstituts im Berichtsjahr 2018 soll im Folgenden dargestellt werden. Der Anspruch an eine Balance von wissenschaftlicher Forschung, anwendungsorientierter Expertise und Erkenntnis- und Erfahrungsaustausch mit Entscheidungsträger/inne/n in der kommunalen Verwaltungspraxis nahm von Anfang an eine wesentliche Stellung ein. Die Aktivitäten des Forschungsinstituts wurden auch im Jahr 2018 fortgesetzt, wie der vorliegende Bericht dokumentieren soll.

1.2 Mitarbeiter/innen

Das Team des Forschungsinstituts für Urban Management und Governance wird von je einer Professorin aus den Bereichen Betriebswirtschaftslehre und Öffentliches Recht geleitet.

Leitung:

- Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Verena Madner
- Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate E. Meyer

Affiliierter Professor:

- Univ.-Prof. Dr. Markus A. Höllner

Faculty:

- Dr. Vitaliano Barberio
- Dr. Ali Aslan Gümüşay
- Birgit Hollaus, LL.M.
- Prof. Dr. Martin Kornberger
- Ines Kuric, MSc
- Dr. Stephan Leixnering
- Dr. Stefan Mayr, LL.M. (CEU)
- Dr.ⁱⁿ Andrea Schikowitz
- Nikolai Staudinger, MSc

Darüber hinaus waren im Berichtszeitraum folgende Wissenschaftler/innen der WU Wien über Forschungsprojekte an das Institut angebunden:

- em. o. Univ.-Prof. Dr. Peter Doralt, LL.M. (Harvard)
- Ass.-Prof. Dr. Dennis Jancsary
- Dr. Heike Mensi-Klarbach
- Dr. Achim Oberg
- Sebastian Vith, MA, MSc

Wissenschaftliche studentische Mitarbeiter/innen:

- Maurice Cisneros, MSc
- Lisa-Maria Grob, LL.B.
- Denise Mezgolits, BSc
- Ilona Rumanus, BSc

- Mag.^a Lisa Schmutzer, LL.B.
- Birgit Schüber, MSc

Weitere Studierende haben im Rahmen von Werkverträgen an Forschungsprojekten mitgewirkt.

Gastwissenschaftler/in:

- Prof. W. E. Douglas Creed, PhD (Fulbright Visiting Professor; The University of Rhode Island, Boston/MA, USA)
- Prof. Dr. Ulf Papenfuß (Zeppelin-Universität, Friedrichshafen, Deutschland)
- Dr. Jeroen Veldman (Cass Business School, City University, London, Großbritannien)
- Mgr. Vojtěch Vomáčka, Ph.D., LL.M. (Masaryk Universität, Brunn, Tschechien)
- Dr.ⁱⁿ Dominika Wruk (Universität Mannheim, Deutschland)

Mitarbeiterinnen in der Administration:

- Mag.^a Ute Springer
- Mag.^a Heike Wiesner

2 Tätigkeiten im Jahr 2018

2.1 Forschung

Die im Folgenden angeführten Forschungsaktivitäten und -ergebnisse stammen aus Urban-Management- und Governance-spezifischen Projekten der Mitarbeiter/innen des Forschungsinstituts bzw. zugeordneter Forscher/innen des Berichtsjahres 2018.

(Neue) Organisationsformen und ihre Governance-mechanismen

Public Corporate Governance: Öffentliche Organisationslandschaften und Steuerung autonomer Einheiten

Gebietskörperschaften erbringen wesentliche Teile ihrer Leistungen mithilfe verselbständigter Einheiten, die sich voneinander in ihrem Autonomiegrad unterscheiden: teilselbständige Einheiten innerhalb der Verwaltung, ausgegliederte Rechtsträger des öffentlichen Rechts oder des Privatrechts sowie zahlreiche gemischtwirtschaftliche Beteiligungen. Deren rechtlichen Rahmenbedingungen (etwa für Haushaltsführung/Bilanzierung und Dienstrecht) und faktischen Governance-Strukturen weichen nicht unwesentlich von jenen der öffentlichen Verwaltung ab. Die Steuerung dieser unterschiedlich ausgeformten Organisationen obliegt in der Regel den Führungskräften innerhalb der Verwaltung und muss eine ausreichende Dezentralisierung von Kompetenzen und Ressourcen bei gleichzeitiger Sicherstellung von politischer, finanzieller, rechtlicher und leistungsbezogener „Accountability“ gewährleisten. Ziel des Projektes ist es zu untersuchen, inwiefern die Governance-Konfiguration der jeweiligen Einheiten (Rechtsform, Autonomiegrad, Steuerungsform etc.) der Balance zwischen Effektivität, Effizienz, Qualität sowie der politischen Verantwortung, die Erbringung einer Vielzahl von Leistungen für die Bürger/innen sicherzustellen, gerecht wird und in welchen Bereichen Verbesserungspotential besteht.

Im Rahmen der Diffusion der Projektergebnisse ist im Berichtsjahr eine internationale Publikation zur Frage der Politisierung von Leitungsorganen öffentlicher Organisationen als Steuerungsinstrument erschienen. Weiters wurden zwei Veröffentlichungen zu Public-Corporate-Governance-Themen vorbereitet. Beide stellen auf die Frage spezifischer Governance-Mechanismen ab: eine bei der Steuerung von „Domestic City Organizations“, die als selbständige Einheiten im vollständigen Eigentum oder unter der Kontrolle einer Stadt gefasst werden; die andere zur Geschlechterdiversität in Leitungsorganen. Zudem bilden die vorliegenden Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt zentrale Fixpunkte im Bereich der universitären Lehre von Mitarbeiter/inne/n des Forschungsinstitutes sowie für Kontakte mit der Verwaltungspraxis.

Public Interest-Oriented: Neue Organisationsformen

Organisationen, deren Aktivitäten sich am Gemeinwohl orientieren, sind nicht auf den öffentlichen, aber auch nicht auf den sogenannten „dritten“ Sektor beschränkt. Gerade im angelsächsischen Raum etablieren sich aktuell neue Organisationsformen von Kapitalgesellschaften (z.B. die „Benefit Corporation“ in den USA), deren Erfolg sich nicht ausschließlich an Rendite- oder Wertzuwacherwartungen der Shareholder misst: Das Organisationsziel ist auch gemeinwohlorientiert, der Unterneh-

mensgegenstand dient dem öffentlichen Interesse. Ein historischer Blick auf die Etablierung der Aktiengesellschaft als Organisationsform und Emblem des modernen Kapitalismus schlechthin zeigt, dass die Gemeinwohlorientierung dabei eine fundamentale Rolle gespielt hat, die sich insbesondere in Österreich auch bis heute in der rechtlichen Rahmenordnung ablesen lässt. Das Forschungsprojekt untersucht in Kooperation mit anderen europäischen Universitäten die Bedeutsamkeit der Gemeinwohlorientierung in der Aktiengesellschaft und arbeitet deren Entwicklung historisch auf. Insbesondere neue gemeinwohlorientierte Kapitalgesellschaftsformen werden dazu in Beziehung gesetzt und vergleichend untersucht.

Das Projekt fokussierte im Berichtsjahr weiterhin auf die Institutionalisierung der Aktiengesellschaft als Organisationsform. Diese Rechtsform enthält dem Grunde nach ein auf Gemeinwohl ausgerichtetes Element, dessen Bedeutung sich über die Zeit mehrfach gewandelt hat. Zwischenergebnisse des interdisziplinären Projektes wurden 2018 weiter auf internationalen Foren diffundiert und eine internationale Publikation vorbereitet. Zudem wurde die internationalen Forscher/innen-Gruppe (insbesondere in Kooperation mit der Mines ParisTech, Paris, und der Cass Business School, London) zum Themenkreis weiter verfestigt, etwa im Rahmen eines Research-Seminars an der WU.

Aktuelle Urban-Management- und Governance-Trends

Open Government

Open Government ist ein Konzept, das aus wirtschaftlicher wie auch aus demokratiepolitischer Perspektive einen innovativen Beitrag zur modernen Stadtverwaltung leisten kann. In der Praxis sehen sich Stadtverwaltungen mit neuen Fragestellungen und Herausforderungen konfrontiert, wie etwa mit der Suche nach Governance-Mechanismen, welche die Steuerung von offenen Innovationsprozessen erlauben. Daran knüpft die grundlegende Fragestellung des Projektes an: Mittels welcher Governance-Mechanismen lassen sich Netzwerkprozesse steuern, und welche Veränderungen implizieren diese Mechanismen für Managementpraktiken und Organisationsstrukturen der Stadtverwaltung? Aufbauend auf dem Pilotprojekt „Organizing the Open“ wird diese Fragestellung im Rahmen einer internationalen Vergleichsstudie (Benchmarking) erörtert. Dabei werden Governance-Mechanismen in Open-Government-Prozessen in Stadtverwaltungen von Wien, Zürich, Berlin, Hamburg und München erforscht und systemisch miteinander verglichen. Die Ergebnisse des Projekts werden in einem Governance-Modell für Open Government zusammengefasst.

Nach zwei internationalen Publikationen über die Projektergebnisse wurden im Berichtsjahr die umfangreiche Datensammlung abgeschlossen und die quantitative Auswertung der erhobenen Daten durchgeführt.

PERCEIVE: Regionale Identitäten und Europäische Kohäsion

Das Ziel des durch das EU-Rahmenprogramm „Horizon 2020“ geförderten Projektes PERCEIVE („Perception and Evaluation of Regional and Cohesion Policies“) ist es, zum besseren Verständnis des europäischen Zusammenhaltes im Sinne der „Einheit in Vielfalt“ beizutragen. Dazu wird untersucht, inwiefern verschiedene nationale und gesamteuropäische politische Maßnahmen unterschiedliche Wahrnehmungen der Europäischen Union (EU) schaffen und je nach Region in unterschiedlichem Ausmaß zur Identifikation der Bürger/innen mit der EU beitragen. Dabei verfolgt PERCEIVE einen multidisziplinären Zugang, der sozial- und politikwissenschaftliche sowie regionalökonomische Ansätze verbindet.

Im Berichtsjahr fokussierte das Projekt auf die Auswirkung der regionalen Medienrepräsentation von Kohäsionspolitik auf das öffentliche Bewusstsein sowie das Verständnis von europäischer Identität. Entsprechende Ergebnisse wurden auf zwei internationalen Konferenzen vorgestellt. Ferner wurde die Zusammenarbeit mit den lokalen Verwaltungsbehörden in den Fallstudienregionen weiter verstärkt: Im Rahmen von Ergebnispräsentationen und Workshops wurden Forschungsergebnisse der vergangenen Jahre mit Stakeholder/inne/n und Policy Makers diskutiert. Ein besonderer Fokus bestand hierbei in der Generierung von Policy-Empfehlungen für die regionale Umsetzung und Kommunikation von Kohäsionspolitik.

Sharing Economy

Verschiedene Modelle der Sharing Economy – wie beispielsweise Car-Sharing, Co-Working, Community Gardening oder auch die temporäre Vermietung von Wohnungen – haben sich in den letzten Jahren etabliert. Während in den ersten Jahren des Aufkommens dieser Modelle die ökonomischen, ökologischen und sozialen Vorteile hervorgehoben wurden, werden seit Kurzem auch die negativen Seiten einiger Sharing Economy Modelle (Gefährdung von Arbeitsplätzen, Ausbleiben von Steuereinnahmen, Senkung der Standards bei Arbeitnehmer/innen-Rechten etc.) in der Öffentlichkeit thematisiert. Da etablierte Branchen (wie das Hotelgewerbe und das Taxigewerbe) durch die neuen Modelle unter Druck geraten und sich gegen die weitere Ausbreitung dieser neuen Modelle des Tauschens, Teilens und Leihens wehren, wird die mediale Debatte teilweise recht emotional geführt. Mit diesen Konflikten konfrontierte Kommunen haben unterschiedliche Antworten im Umgang mit Sharing-Economy-Modellen gefunden: Während die Mehrzahl der Kommunen eher abwartet, versuchen einzelne, über bilaterale Vereinbarungen mit führenden Sharing Economy-Plattformen – oder auch mittels intensiverer Regulierung – negative Auswirkungen von Sharing-Modellen zu reduzieren. Insbesondere größere Kommunen sehen sich zum proaktiven Handeln gezwungen, obwohl viele grundlegende Fragen zu den neuen Sharing-Economy-Modellen noch ungeklärt sind, z.B.: Welche sozialen, ökologischen und ökonomischen Wirkungen haben

spezifische Modelle? Welche lokalen und kommunalen Alternativen gibt es zu weltweiten Plattformen? Welche Ansätze der Governance passen zum jeweiligen institutionellen und kulturellen Kontext einer Kommune?

Im Berichtsjahr wurde im Rahmen des Forschungsverbunds „i-share“ eine Befragung von Sharing-Economy-Organisationen in Deutschland durchgeführt. Eine Vergleichsstudie für Wien wurde Ende 2018 gestartet. Hierbei kooperiert das Forschungsinstitut mit der Stadt Wien (MA 23) sowie mit den WU-Instituten für Organization Studies sowie Public Management und Governance. Zwischenergebnisse aus den Forschungsprojekt wurden bei diversen wissenschaftlichen Tagungen und Konferenzen vorgestellt und mit einem Fachpublikum diskutiert.

Collaborative Governance in der Flüchtlingskrise

Die gegenwärtige Debatte, welche Organisationsparadigmen heute im öffentlichen Sektor bestimmend sind, ist durch eine Vielfalt unterschiedlicher Sichtweisen gekennzeichnet. Das gilt für normative Vorstellungen von „Good Governance“ gleichermaßen wie für analytische Konzepte in der Wissenschaft. Neue Probleme wie etwa die „Flüchtlingskrise“ zeigen, dass öffentliche Institutionen nicht nur ihre Rolle neu definieren, sondern auch neue Formen von „Collaborative Governance“ erproben müssen, um den neuen Situationen gerecht zu werden. Der „Flüchtlingsstrom“ im Herbst

2015 etwa stellte nicht nur eine menschliche und politische, sondern auch eine einzigartige organisatorische Herausforderung dar: Organisationen der öffentlichen Hand arbeiten eng mit privaten Unternehmen, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Netzwerken zusammen – unter den Augen einer interessierten und teilweise sehr kritischen Öffentlichkeit. Der Projektschwerpunkt liegt dabei auf Mechanismen der „Orchestrierung“ solcher Kollektive sowie auf dabei auftretenden neuen Organisationsformen.

Nach Vorabveröffentlichung einer zweiten internationalen Publikation lag der Fokus des Projektes im Berichtsjahr auf der weiteren Diffusion der Ergebnisse in unterschiedlichen internationalen Foren.

Public Governance und Public Auditing

Rechnungskontrollbehörden (RKB) haben eine wichtige Funktion im öffentlichen Institutionengefüge. Als Kontrollorgane stellen sie heute eine der wenigen Einrichtungen dar, die einen gesamthaften Blick auf öffentliche Organisationslandschaften einnehmen können und auch müssen. Zudem erarbeiten RKB auf Basis ihrer Prüftätigkeit Handlungsempfehlungen zur Verbesserung von Wirksamkeit und Effizienz des Verwaltungshandelns und der Geschäftstätigkeit öffentlicher Organisationen. Inwiefern diese Empfehlungen von den betroffenen Organisationen und Organisationseinheiten auch umgesetzt werden und zu einer tatsächlichen Verbesserung führen, hängt maßgeblich von

der Akzeptanz der RKB durch die Geprüften ab. Dieser Blick auf die Legitimität von RKB und ihrer Empfehlungen rückt damit die Perspektive der geprüften Organisationen – der Kund/inn/en – ins Zentrum des Interesses. Gleichzeitig ist die Kund/inn/en-Sicht ein wesentliches Kriterium zur Beurteilung der Prüfqualität von RKB, die ja selbst in der Regel keinerlei externen Kontrollinstanzen unterliegen: Alternative Instrumente der Qualitätssicherung sind daher notwendig, um diese Lücke zu schließen.

Im Berichtsjahr lag der Projektfokus auf der Diffusion der Zwischenergebnisse der bereits 2017 durchgeführten Vollbefragung aller vom Stadtrechnungshof Wien geprüften rechtsfähigen Organisationen, die vom Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität gefördert wurde. Dabei wurde insbesondere ein Fokus auf die Verwaltungspraxis gelegt. Weiters wurde eine internationale Publikation zu den Befragungsergebnissen vorbereitet.

Organizational Resilience in a City Context

Im breiteren Kontext innovativen Stadtmanagements hat in jüngerer Vergangenheit das Thema der „Resilienz“ von Städten („city resilience“) erhöhte wissenschaftliche Aufmerksamkeit erhalten. Unter Resilienz wird in diesem Zusammenhang kurz gesagt die Fähigkeit von Städten verstanden, unerwartete Schocks (z.B. Naturkatastrophen, Terrorismus, usw.) und andauernde Stressoren (z.B. soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit, Erhaltung von kritischer

Infrastruktur) „abzufedern“. Ein Schwerpunkt der laufenden Debatte liegt dabei vor allem auf der Gestaltung der intersektoralen Zusammenarbeit von öffentlicher Verwaltung, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft auf verschiedenen Ebenen. Ein laufendes Projekt am Forschungsinstitut widmet sich dabei der Frage, wie sich in diesem Bereich globale Best Practices entwickeln, welche Vorreiterrolle internationale Metropolen einnehmen, und welche Funktionen globale Netzwerke und Initiativen (z.B. 100 Resilient Cities Network, Transatlantic Policy Lab) ausfüllen. Zusätzlich befasst sich das Projekt mit der Integration unterschiedlicher Resilienz-Konzepte und versucht, diese für den Stadtkontext fruchtbar zu machen.

Basierend auf der Analyse existierender Resilienz-Strategien verschiedener Städte über mehrere Kontinente und Verwaltungstraditionen hinweg, wurden im Berichtszeitraum die Arbeiten des Vorjahres systematisch weiterentwickelt. In einer empirischen Untersuchung zum Zusammenhang von Resilienz und sozialer/ökonomischer Ungleichheit wurde Datenmaterial von zusätzlichen acht Städten empirisch ausgewertet. Zudem wurde 2018 ein Forschungsaufenthalt von Univ.-Prof. Dr. Markus Höllerer an der Harvard University dem Thema des Schwerpunktprojektes gewidmet. Vorläufige Ergebnisse wurden in internationalen Foren vorgestellt. Weiters wurde eine konzeptionelle Publikation zur Weiterentwicklung des Resilienz-Konzeptes im urbanen Kontext als „Meta-Governance-Prinzip“ auf den Weg gebracht.

Ländervergleichende EU-Projekte

Im Rahmen seiner Einbindung in Europäische Forschungsnetzwerke nahm das Forschungsinstitut im Berichtsjahr an unterschiedlichen komparativen Untersuchungen teil:

COCOPS („Coordinating for Cohesion in the Public Sector of the Future“): Public Sector Executive Identities. Im Rahmen von COCOPS wurde die bislang größte vergleichende Führungskräftebefragung im öffentlichen Sektor durchgeführt. Das Team des Forschungsinstitutes untersuchte dabei, wie sich Verwaltungsreformmaßnahmen auf die Rollenidentitäten von Führungskräften im öffentlichen Sektor auswirken. Im Berichtsjahr erfolgte eine weitere internationale Publikation aus den erhobenen Daten.

COST („European Cooperation in Science and Technology“): Joined-up Government on the Local Level. Gemeinsam mit Partner/inne/n aus Deutschland, Irland, Italien, Norwegen und Ungarn bearbeitete das Forschungsinstitut die Frage, in welchen Variationen und mit welchen Effekten Reformmaßnahmen, die auf eine Rezentralisierung des öffentlichen Sektors abzielen, in den unterschiedlichen Ländern umgesetzt wurden. 2018 wurde eine weitere internationale Publikation vorbereitet und Zwischenergebnisse auf internationalen Konferenzen präsentiert. Zudem wurde die Diffusion fortgesetzt; insbesondere in der universitären

Lehre wurden die bereits publizierten Projektergebnisse intensiv eingesetzt.

Urbane Transformationsprozesse zur Nachhaltigkeit aus der Perspektive von Recht und Governance

VERTICAL^{urban}FACTORY: Kriterien, Potenziale und innovative Konzepte der vertikalen Verdichtung von Produktion und Stadt

Die Arbeit an dem von der FFG im Rahmen des Programms „Stadt der Zukunft“ geförderten interdisziplinären Projekt startete im September 2017.

Die Mischung der Funktionsbereiche Wohnen und Arbeiten kann einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung und zur Erreichung von ambitionierten Klimaschutz- und Smart-City-Zielen leisten. Während die Transformation der Produktion (Industrie 4.0, customized production) eine teilweise Rückkehr der Produktion in die Stadt nahelegt, stehen dem auf der anderen Seite erhebliche Hürden und Konfliktpotenzial gegenüber. Konkrete Beispiele gelungener städtebaulicher Integration dienen als Ausgangspunkt weiterer Forschung zur Frage, wie unter den Bedingungen von „Raumverknappung“ auch im urbanen Raum gewerbliche und produzierende Nutzung und damit städtische Arbeitsplätze ermöglicht werden können. Dazu werden Konzepte „gestapelter Funktionen“ und vertikaler Produktion aus der Perspektive von Städtebau und Architektur, Verkehrswissenschaft sowie Recht und Governance untersucht. Im Berichtsjahr wurden zahlreiche Unternehmensinterviews

durchgeführt und das Thema im Rahmen eines Workshops in Kooperation mit der Wirtschaftsförderungsagentur mit zahlreichen Stakeholdern aus Verwaltung und Wirtschaft vertieft. Das Team des Forschungsinstituts konnte die Arbeiten zu den rechtlichen Rahmenbedingungen weitgehend abschließend. Im Rahmen des Projekts entstand auch eine Masterarbeit zum Thema.

Der Einsatz städtebaulicher Verträge in Österreich

Die Frage, ob und inwieweit die Gemeinden als Trägerinnen von Privatrechten im Bereich der Raumordnung Verträge abschließen können, war in Österreich lange Zeit mit Rechtsunsicherheiten behaftet, seit der Verfassungsgerichtshof im Jahr 1999 die damalige Salzburger Regelung zur Vertragsraumordnung für verfassungswidrig erklärt hat. Nach wie vor bestehen zwischen den einschlägigen landesgesetzlichen Regelungen und der Praxis der Vertragsraumordnung in österreichischen Städten zum Teil erhebliche Unterschiede. Während ua Wien beim Einsatz städtebaulicher Verträge mittlerweile eine Vorreiterrolle in Österreich einnehmen, haben zahlreiche Städte bisher keine oder kaum praktische Erfahrungen mit städtebaulichen Verträgen sammeln können. Diese Unterschiede in der Praxis gehen zu einem wesentlichen Teil auch auf die spezifische Ausgestaltung der rechtlichen Grundlagen zurück. Im Rahmen des Projekts sollen in die rechtlichen Grundlagen vergleichend analysiert und so

Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes städtebaulicher Verträge sowie rechtliche Risiken und Verbesserungspotenziale de lege lata analysiert werden. Im Berichtsjahr wurden die aufgeworfenen Fragestellungen im Rahmen von zwei Workshops mit dem Österreichischen Städtebund vertieft.

Rechtsfragen der Energieraumplanung

Die Energieraumplanung verfolgt das Ziel, CO₂-Emissionen zu vermeiden, Energieeffizienz zu erhöhen und den Anteil erneuerbarer Energien zu steigern. Dazu sollen Raumplanung und Energieplanung auf Stadtteilebene integriert betrachtet werden. Wie internationale Beispiele zeigen, können bei der Energieraumplanung ganz unterschiedliche (rechtliche) Instrumente zum Einsatz kommen: Von hoheitlichen energiebezogenen Festlegungen im Flächenwidmungsplan über energetische Anforderungen in privatrechtlichen Verträgen beim Verkauf kommunaler Liegenschaften bis hin zu Förderanreizen ist eine Fülle an Instrumenten denkbar. Die integrierte Betrachtung von Raumplanung und Energieplanung und die Umsetzung von integrierten Energieversorgungs-lösungen eröffnen zahlreiche rechtliche Fragestellungen. Am Forschungsinstitut wurden in Zusammenarbeit mit der Stadt Wien in einem Projekt rechtliche Aspekte der Energieraumplanung für Wien aufbereitet, die als fachliche Grundlage ua für das im STEP 2025 vorgesehene Fachkonzept „Integrierte Energie-Raumplanung“ dienen sollen.

Im Rahmen eines laufenden Dissertationsprojektes wurde im Berichtsjahr die umfassende Bearbeitung der rechtlichen Fragestellungen der Energieraumplanung weitergeführt.

INFINITE: Innovative Finanzierungsmodelle für nachhaltige urbane Energiesysteme

Ein wesentlicher Baustein für nachhaltige Stadtteile bzw. Stadtentwicklungsgebiete sind nachhaltige urbane Energiesysteme. Diese produzieren erneuerbare Energie in einer lokalen Versorgungseinheit vor Ort. Die dabei gewonnene Energie wird gebäudeübergreifend geliefert. Allerdings sind Projekte im großen Maßstab aufgrund der hohen Komplexität und fehlender Finanzierungslösungen bislang schwer umzusetzen. Das von der FFG im Rahmen des Programms „Stadt der Zukunft“ geförderte Projekt INFINITE analysiert Rahmenbedingungen und Erfolgskriterien für die Wärmeversorgung von Neubauquartieren mit einem hohen Anteil von erneuerbaren Energien. Die Projektarbeit hat gezeigt, dass nachhaltige („dekarbonisierte“) Energieversorgungs-lösungen insbesondere durch nicht-förderliche rechtliche Rahmenbedingungen gehemmt werden. Das Projekt analysierte vor diesem Hintergrund die für den Wohnungsneubau bzw. für den Bau urbaner Neubauquartiere entscheidenden gesetzlichen Vorgaben und die auf solche Projekte einwirkenden ökonomischen Instrumente und erarbeitete Empfehlungen und Reformvorschläge, die auch in die Diskussion um

die Novellierung der Wiener Bauordnung Eingang fanden. Das Projekt wurde im Berichtsjahr abgeschlossen.

Stärkung von Orts- und Stadtkernen

Im Rahmen des Projekts wurde in den Bereichen Finanzen, Abgaben, Wirtschaft und Verkehr, Denkmalschutz und Baukultur analysiert, welche Anknüpfungspunkte für eine Stärkung von Orts- und Stadtkernen auf Bundesebene jeweils bestehen. Zudem wurden Umsetzungsansätze sowie rechtspolitische Interessengegensätze aufgezeigt. Darüberhinaus wurden Ansatzpunkte im Bereich des Förderwesens untersucht. Im Fokus standen hier die Verknüpfung der Wohnbauförderung mit Qualitätskriterien sowie die Schaffung eines Städtebauförderungsinstruments mit Anknüpfung an Orts- und Stadtkerne bzw. Quartiere. Die Ergebnisse wurden für die ÖREK-Partnerschaft „Stärkung der Orts- und Stadtkerne“ aufbereitet und im Rahmen von zwei Sitzungen der ÖREK-Partnerschaft präsentiert. Erste Ergebnisse wurden auch im Rahmen des österreichischen Denkmalrechtstags zur Diskussion gestellt.

Stadt 2050: Nachhaltig und gerecht?

Nachhaltigkeit im breiten Sinne gehört gegenwärtig zu den häufigsten Schlagworten in der strategischen Stadtplanung: Technologische Modernisierung in Form von Investitionen in den IKT-Bereich soll mit sozialer Sicherheit und

sozialer Gerechtigkeit sowie politischer Mitbestimmung gekoppelt werden. Dabei wird häufig implizit davon ausgegangen, dass diese verschiedenen Formen der Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen oder zumindest miteinander kompatibel sind. Das Ziel des Forschungsvorhabens ist, moderne Stadtplanung auf ihr Potenzial für Nachhaltigkeit im weiten Sinn – also für eine Stadtentwicklung, bei der soziale und politische Komponenten ebenso tragend sind wie technologische Erneuerung – zu untersuchen.

Im Berichtsjahr 2017 fokussierte eine sozialtheoretische Vorstudie auf die diesbezüglichen Zielsetzungen, welche die Stadt Wien in ihren Nachhaltigkeitsstrategien verfolgt. Erste Ergebnisse wurden auf der European Urban Research Conference diskutiert. In Kooperation mit dem WU-Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit wurde ein weiterführender FWF-Projektantrag vorbereitet: Das geplante Grundlagenforschungsprojekt soll Urban Governance- und sozialtheoretische Perspektiven auf Nachhaltigkeiten verbinden.

Urbane Experimente für eine sozial-ökologische Transformation: Smart City und Post-Wachstums Initiativen

Nachhaltigkeit und nachhaltige Entwicklung waren in den letzten dreißig Jahren das zentrale umweltpolitische Paradigma, auf das sich das Projekt eines grundlegenden sozial-ökologischen Wandels gestützt hat. In jüngerer Zeit verdichtet sich jedoch bei zahlreichen Ex-

pert/inn/en der Verdacht, dass dieses Paradigma nicht in der Lage sein wird, modernen Gesellschaften einen Weg aus ihren sozial-ökologischen Krisen – Klimaerwärmung, Verknappung von Ressourcen, neue Migrationsströme, Verlust an Biodiversität etc. – zu weisen. In den letzten Jahren wurde vor allem die Stadt zum „Labor“ für neue Zugänge zu sozial-ökologischer Transformation. Das zeigen unter anderem Smart-City- und Post-wachstums Initiativen, wie z.B. Reparatur-Cafés, Sharing-Plattformen, lokale Landwirtschaft, Lebensmittelkooperativen und Co-Housing-Projekte. Die unmittelbare Veränderung des urbanen Lebensalltags sowie das Vertrauen in das Experimentelle stehen bei beiden Antworten auf die sozial-ökologische Krise im Vordergrund. Die zentrale Frage dieses Forschungsprojektes ist daher, ob und inwieweit lokales experimentelles Handeln tatsächlich einen möglichen Ausweg aus der sozial-ökologischen Krise und dem derzeitigen Handlungsnotstand darstellen. Um diese Frage zu beantworten, soll analysiert werden, wie genau die Krise(n) und ihre Lösung(en) in konkreten Smart-City- und Degrowth-Initiativen – die in der derzeitigen Literatur meistens getrennt voneinander betrachtet werden – begriffen und dargestellt werden.

2018 wurde das Projekt, das vom FWF finanziert wird, plangemäß gestartet und für die weitere Durchführung am Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit angesiedelt.

Städte im Spannungsfeld von Europäischer Integration und Globalisierung

Rechtliche Rahmenbedingungen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Österreich

Die Rolle der Kommunen als zentrale Erbringer/innen von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ist wesentlich durch komplexe unionsrechtliche und welthandelsrechtliche Vorgaben mitgeprägt. Eine besondere und aktuelle Herausforderung stellen dabei EU-Handelsabkommen einer neuen Generation (wie TTIP oder CETA) dar, die neben einer Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen unter anderem Kapitel zum Beschaffungswesen, zur innerstaatlichen Regulierung und zum Investitionsschutz inklusive Investor-Staat Streitbeilegung (ISDS bzw. ICS) vorsehen. Durch das Ineinandergreifen einer Vielzahl von Vertragskapiteln und -anhängen könnten diese Abkommen weitreichende Auswirkungen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen und damit auch die politischen Handlungsspielräume zur Regulierung, Erbringung und Finanzierung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge haben. Die Abkommen werfen daher auch die Frage auf, ob und inwiefern dadurch Freiräume zur Verwirklichung sozial-, fiskal- und wirtschaftspolitischer Ziele wieder geschlossen werden, die für den Bereich der Daseinsvorsorge von den Mitgliedstaaten gegenüber der EU in den letzten Jahren durchgesetzt bzw. vom EuGH anerkannt wurden.

Das Projekt baut auf einer 2015 durchgeführ-

ten Studie auf, die die rechtlichen Rahmenbedingungen für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in Österreich untersuchte. Diese Studie hat eine Vielzahl an neuen Forschungsfragen aufgeworfen, die im Rahmen des Projekts weitergeführt und vertieft werden. Dazu zählen Grundlagenfragen, etwa zum Verhältnis zwischen den Abkommen und dem Recht der EU sowie der Mitgliedstaaten, und spezifische Fragestellungen, etwa im Bereich des Investitionsschutzes. 2018 wurden die Arbeiten am Projekt fortgesetzt.

Rechtliche Rahmenbedingungen für Rekommunalisierungen in Österreich

In den letzten Jahren wurde in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge ein zunehmender Trend zur Rekommunalisierung konstatiert. Dieser Befund wurde mit prominenten Beispielen – etwa der Rekommunalisierung der Wasserversorgung in Paris, Grenoble, Berlin, Potsdam oder Budapest – untermauert. Rekommunalisierungen bieten insbesondere im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen eine Möglichkeit, die Rollenverteilung zwischen Staat und Privat bei Bedarf neu festzulegen und so auf Fehlentwicklungen oder geänderte Präferenzen und Wertvorstellungen der Bürger/innen zu reagieren. Seit Bekanntwerden der vielfältigen EU-Initiativen zum Abschluss neuer internationaler Handelsabkommen (z.B. TTIP, CETA oder TiSA) werden vonseiten der Kommunen immer wieder Befürchtungen geäußert, derartige Abkommen könnten künftige Rekommunalisierungsmaßnahmen erschweren oder gar verhindern.

Rechtliche Schranken für Rekommunalisierungen können sich allerdings bereits aus dem nationalen Verfassungs- und Verwaltungsrecht ebenso wie dem Unionsrecht ergeben. Im Rahmen eines 2017 abgeschlossenen Dissertationsvorhabens wurden die rechtlichen Gestaltungsspielräume der Gemeinden mit Blick auf die Rekommunalisierung bestimmter öffentlicher Dienstleistungen auf Ebene des nationalen Rechts sowie des Unionsrechts analysiert und auch die diesbezüglichen Auswirkungen von EU-Handelsabkommen am Beispiel des EU-kanadischen CETA untersucht. Im Berichtsjahr wurde die Dissemination der Ergebnisse des Projekts erfolgreich fortgesetzt. Unter anderem wurde eine Monografie zu Rechtsfragen der Rekommunalisierung in der Schriftenreihe Forschungen aus Staat und Recht im Verlag Österreich publiziert.

Konkurrierende Nutzungsansprüche an den urbanen öffentlichen Raum

Gerade in Städten ist der öffentliche Raum für verschiedene und mitunter konkurrierende Formen der wirtschaftlichen Betätigung häufig begrenzt, was zu schwierigen Verteilungsfragen führen kann. Schon die EU-Dienstleistungsrichtlinie sieht vor, dass immer, wenn die Zahl der für eine bestimmte Dienstleistungstätigkeit verfügbaren Genehmigungen aufgrund der Knappheit der natürlichen Ressourcen oder der verfügbaren technischen Kapazitäten begrenzt ist, die Mitgliedstaaten ein neutrales und transparentes Verfahren zur Auswahl der Bewerber

ber/innen anwenden. Im Rahmen dieses Projekts wurden im Berichtsjahr Rechtsfragen im Zusammenhang mit ausgewählten Knappheitssituationen u.a. im Spannungsfeld von Wirtschaftsfreiheit, Gleichheit und Nachhaltigkeitszielen erörtert und Verteilungsmechanismen auf ihre Handhabbarkeit im kommunalen Kontext untersucht.

2.2. Ausgewählte wissenschaftliche Publikationen, Konferenzbeiträge und Vorträge

Im Rahmen der Forschungstätigkeit am Institut entstanden Publikationen in fach einschlägigen Organen und Konferenzbeiträge:

Barberio, Vitaliano, Kuric, Ines, Mollona, Edoardo, Pareschi, Luca. 2018. D 3.4 Report on the statistical analysis of communication efforts' impact and effectiveness on citizens' awareness and appreciation of EU-financed projects. Wien: Wirtschaftsuniversität Wien.

Barberio, Vitaliano, Kuric, Ines, Mollona, Edoardo, Pareschi, Luca. 2018. Getting out of the ivory tower, institutional organizations' use of social media to communicate EU policy. EGOS, Tallinn, Estland, 05.07.-07.07.

Barberio, Vitaliano, Kuric, Ines, Mollona, Edoardo, Pareschi, Luca. 2018. Media representations of cohesion policy and association with European identity among citizens. ECPR, Hamburg, Deutschland, 22.08.-25.08.

Creed, W. E. Douglas, Jancsary, Dennis, Meyer, Renate, Höllerer, Markus. 2018. Inequality and mobilizing for robust action: An analysis of city resilience strategies. SCANCOR-Weatherhead Spring 2018 Conference, Harvard University, Cambridge, MA, Vereinigte Staaten/USA, 26.04.-27.04.

Creed, W. E. Douglas, Jancsary, Dennis, Meyer, Renate, Höllerer, Markus. 2018. Inequality and mobilizing for robust action: An analysis of city resilience strategies. Workshop on New Institutionalism in Organization Theory, Mailand, Italien, 16.03.-17.03.

Gümüşay, Ali Aslan. 2018. Commentary: Sharing is caring: From material to socio-material sharing. *Academy of Management Discoveries*, 4 (3), 376-377.

Gümüşay, Ali Aslan. Erscheinend. Embracing religions in moral theories of leadership. *Academy of Management Perspectives*.

Gümüşay, Ali Aslan. 2018. The Potential for Plurality and Prevalence of the Religious Institutional Logic. *Business & Society*.

Hinings, Christopher R., Meyer, Renate. 2018. Starting Points: Intellectual and Institutional Foundations of Organization Theory. Cambridge: Cambridge University Press.

Höllerer, Markus, Daudigeos, Thibault, Jancsary, Dennis. 2018. Multimodality, meaning, and institutions: Editorial. *Research in the Sociology of Organizations* 54 (A), 1-24.

Höllerer, Markus, Leixnering, Stephan. 2018. Keeping the spirit of a city alive: Resilience as a meta-governance principle. Weatherhead Forum, Harvard University, Cambridge, MA, Vereinigte Staaten/USA. 28.03.

Höllerer, Markus, Leixnering, Stephan, Meyer, Renate. 2018. Public Governance und Public Auditing. Landesrechnunghofdirektor/inn/en-Konferenz, Wien, Österreich, 17.05.

Hyndman, Noel, Liguori, Mariannunziata, Meyer, Renate, Polzer, Tobias, Rota, Silviya, Seiwald, Johann, Steccolini, Ileana. 2018. Legitimizing change in the public sector: the introduction of (rational?) accounting practices in the United Kingdom, Italy and Austria. *Public Management Review*, 20 (9), 1374-1399.

Kornberger, Martin, Leixnering, Stephan, Meyer, Renate, & Höllerer, Markus. 2018. Rethinking the sharing economy: The nature and organization of sharing in the 2015 refugee crisis. International Workshop on the Sharing Economy, Mannheim, Deutschland, 28.06.-29.06.

Kornberger, Martin, Leixnering, Stephan, Meyer, Renate, Höllerer, Markus. 2018. Rethinking the sharing economy: The nature and organization of sharing in the 2015 refugee crisis. Academy of Management Discoveries, 4 (3), 314-335.

Kornberger, Martin, Leixnering, Stephan, Meyer, Renate. Erscheinend. The logic of tact: How decisions happen in situations of crisis. Organization Studies.

Kornberger, Martin, Meyer, Renate, Höllerer, Markus. 2018. Impact beyond implementation: Exploring the long-term. Alberta Institutions Conference, Alberta, Kanada, 7.6.-9.6.

Kuric, Ines. 2018. From 'values' to 'added value': Distortions and decoupling in communicating the European project through cohesion policy funding. EURAM, Reykjavik, Island, 19.06.-22.06.

Leixnering, Stephan, Meyer, Renate, Doralt, Peter. 2018. Corporate law and public interest: Rethinking the Aktiengesellschaft from a historical perspective. EURAM, Reykjavik, Island, 20.06.-22.06. (Best Paper Award)

Leixnering, Stephan, Schikowitz, Andrea, Hammerschmid, Gerhard, Meyer, Renate. 2018. Multiple shades of grey: Opening the black box of public sector executives' hybrid role identities. Comparative Social Research, 33, 157-176.

Leixnering, Stephan. 2018. Public Management & Governance: Steuerung im öffentlichen Sektor. Gastvortrag an der ZU Friedrichshafen, Friedrichshafen, 20.11.18

Madner, Verena. 2018. Fostering Innovation and Learning in Energy Transitions – A Legal Perspective. The Transformation of Environmental Law and Governance: Innovation, Risk and Resilience. 2018 IUCN Academy of Environmental Law Colloquium, Glasgow, Großbritannien, 04.07.-06.07.

Madner, Verena. 2018. Regulatory Innovation Zones as New Transformative Innovation Policy Instruments. 9th International Sustainability Transitions Conference, Manchester, Großbritannien, 12.06.-14.06.

Madner, Verena. 2018. Stärkung von Orts- und Stadtkernen – Ansätze auf Bundesebene. Denkmalrechtstag 2018, Wien, Österreich, 26.06.

Madner, Verena. 2018. The Role and Responsibility of Cities in Climate Change Policy. environmental law forum 2018 – Climate Change, Responsibility, and Liability, Graz, Österreich, 07.11-09.11.

Madner, Verena. 2018. Baukultur in Österreich. Podiumsdiskussion, BKA, Wien, 05.12.18

Madner, Verena. 2018. Smart City Wien – Wird ‚des‘ was? – Gemeinsam von der Vision zur Wirklichkeit. Werkstattgespräch MA18, Wien, 17.10.18

Madner, Verena. 2018. Aarhus-Umsetzung in Österreich. Aarhus Fachentquete, Wien, 28.06.18

Madner, Verena. 2018. Flexibilities with regard to meeting EU regulatory objectives and requirements. Annual Meeting of Avosetta Group, Wien, 25.05.18

Madner, Verena. 2018. Verdichten im Inneren. Round Table. Smart Cities Days im Rahmen der Urban Future Global Conference 2018, Wien, 28.02.18

Madner, Verena. 2018. Kernherausforderun-

gen und strategische Ansatzpunkte, Impulsreferat, Die Smart City Wien Rahmenstrategie: Monitoring der Zielerreichung & Aktualisierung der Strategie, Smart City Wien Forum, 24.09.

Mayr, Stefan. 2018. Rechtsfragen der Rekommunalisierung - Wirtschaftsverfassung, Binnenmarkt, Freihandel. Forschungen aus Staat und Recht 183. Wien: Verlag Österreich

Mayr, Stefan. 2018. Quod licet Iovi, non licet bovi? Die Indexierung der Familienbeihilfe aus unionsrechtlicher Sicht. Zeitschrift für Öffentliches Recht, 73 (2), 317-345.

Mayr, Stefan. 2018. Rekommunalisierung im Lichte der neuen EU-Freihandelsabkommen. Österreichische Gemeinde-Zeitung, (3), 58-59.

Mensi-Klarbach, Heike, Leixnering, Stephan, Schiffinger, Michael. 2018. When the bark is worse than the bite: Assessing the effectiveness of voluntary regulatory policies to increase gender diversity on boards. AoM, Chicago, Vereinigte Staaten/USA, 10.08.-14.08.

Meyer, Renate, Höllner, Markus, Leixnering, Stephan. 2018. A question of value(s): Political connectedness and executive compensation in public sector organizations. International Public Management Journal, 21 (3), 477-500.

Meyer, Renate. 2018. Kommunikationswissenschaftliche Perspektiven des Institutionalismus: Eine Schlussbilanz. Kommunikationswissenschaftliche Perspektiven des Institutionalismus, Zürich, Schweiz, 16.11.-17.11.

Mollona, Edoardo, Pareschi, Luca, Barberio, Vitaliano, Kuric, Ines. 2018. Analysing media representation of EU regional cohesion policy: A meaning structural analysis across seven EU countries. EURAM, Reykjavik, Island, 19.06.-22.06.

Polzer, Tobias, Bjørnå, Hilde, Leixnering, Stephan. 2018. Joined-up government on the regional and local government level in Europe:

Variations on a theme. EURAM, Reykjavik, Island, 19.06.-22.06.

2.3 Lehre und Veranstaltungen

Im Bereich des Regelstudiums trägt das Forschungsinstitut zu besseren Spezialisierungsmöglichkeiten für Studierende im Bereich Public sowie Urban Management und Governance bei. Auf Bachelor-Ebene werden entsprechende Lehrinhalte im Rahmen der Speziellen Betriebswirtschaftslehren „Public und Nonprofit-Management“ sowie „Organisation“, auf Master-Ebene im Rahmen von Electives in den Master-Programmen „Management“ und „Sozioökonomie bzw. „Socio-Ecological Economics and Policy“ integriert und laufend weiterentwickelt. Im Rahmen von Bachelor- und Masterarbeiten konnten Studierende kommunale Themenstellungen insbesondere zu den Themen der Forschungsschwerpunkte laufend bearbeiten.

Im Berichtsjahr 2018 wurde der Schwerpunkt auf Public Corporate Governance in einzelnen Lehrveranstaltungen fortgesetzt. Der „Dialog“, das Vortrags- und Diskussionsforum des Forschungsinstituts für Urban Management und Governance (gemeinsam mit den Instituten für Organization Studies sowie Public Management und Governance und der Österreichischen Vereinigung für Organisation und Management), wurde wieder in die Lehrtätigkeit integriert, und so konnten im Jahr 2018 v Expert/inn/en zu verschiedene Fragestellungen begrüßt werden, u.a. o.Univ.-Prof. Dr. Alfred

Taudes, Dr. Chrisoph Strnadl (zum Themenkreis Blockchain und Kryptoökonomie) und Prof. Dr. Ulf Papenfuß (zum Themenkreis Managementvergütung in kommunalen Unternehmen).

2.4 Vortragstätigkeit, Executive Education und Wissenstransfer

Das Forschungsinstitut stand auch im Berichtszeitraum 2018 als Ansprechpartner der Stadt Wien bei der Weiterentwicklung und Schulung im Rahmen des Aufsichtsrät/inn/en-Lehrgangs zur Verfügung. Die Detailplanung erfolgte dabei zumeist gemeinsam mit der Verwaltungsakademie der Stadt Wien.

Im Bereich der Executive Education waren Wissenschaftler/innen des Instituts als Vortragende (z.B. an der Wiener Verwaltungsakademie, dem Rechnungshof, der Akademie Burgenland sowie ausgegliederten Rechtsträgern des Bundes) tätig. Zudem haben Mitarbeiter/innen des Forschungsinstitutes Ihre Expertise für verschiedene Executive-Education-Programme der WU Executive Academy (z.B. Public Auditing, Public Procurement) eingebracht und zahlreiche MBA-Masterarbeiten im „Public Auditing“- und im „Health Care Management“-Programm sowie Projektarbeiten im Rahmen des Universitätslehrganges „Health Care Management“ für den Wiener Krankenanstaltenverbund der WU Executive Academy von Mitarbeiter/inne/n des Forschungsinstituts betreut.

Das Institut trug zudem durch eine praxisorientierte Aufbereitung von Forschungsergebnissen (z.B. Bereitstellung von Forschungsberichten und Gastvorträgen) zum Wissenschaftstransfer in die Verwaltungspraxis auch auf Bundesebene sowie im internationalen Austausch bei. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Verena Madner referierte etwa im Rahmen eines Smart City Forums zum Thema Aktualisierung der Smart City Rahmenstrategie: Kernherausforderungen und strategische Ansatzpunkte. Univ.-Prof. Dr. Markus Höllerer und Dr. Stephan Leixnering stellten in unterschiedlichen Foren die Ergebnisse einer wissenschaftliche Begleituntersuchung zur Wirksamkeit von RKB-Prüfungen vor, die bereits im Vorjahr im Rahmen eines Peer-Review-Verfahrens des Stadtrechnungshofes Wien durchgeführt und vom Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität gefördert wurde.

Weiters leisteten die Institutsleiterinnen und Mitarbeiter/innen des Forschungsinstituts durch die Tätigkeit in verschiedenen Gremien, Expert/inn/en-Kommissionen und Beiräten einen aktiven Beitrag zum Wissenstransfer in die (kommunale) Praxis. So hat etwa Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Verena Madner die Leitung des Expert/inn/en-Beirat der Steuerungsgruppe der Stadt Wien „Smart City Wien“ inne und ist im Beirat des „Horizon 2020“ Projekts „Smarter Together“ und im Kuratorium des KDZ tätig. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer ist Mitglied im Aufsichtsgremium des Wiener Krankenanstaltenverbundes, im Aufsichtsrat des FWF, im Ku-

ratorium des KDZ, im Kuratorium des Jubiläumsfonds der Stadt Wien für die Wirtschaftsuniversität sowie Jurymitglied für den Kommunalwissenschaftlichen Preis der Carl-und-Anneliese-Goerdeler-Stiftung. Zudem war sie beratend in der Innovationsgruppe „Neuorganisation der Struktur und Steuerung der Wiener Stadtverwaltung“ im Rahmen des Projektes „Wien neu denken“ tätig. Univ.-Prof. Dr. Markus Höllner war gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartner/innen (u.a. der Stadt Wien und dem Bundeskanzleramt) Gastgeber der internationalen Tagung „Innovate 2018“, die sich dem Thema Innovationsmanagement im öffentlichen Sektor widmete. Dr. Stephan Leixnering war in einem Sounding Board zur „EU Integrity Initiative“ des Bundesministeriums für Inneres tätig.

Das 2016 gestartete Projekt „PERCEIVE: Regionale Identitäten und Europäische Kohäsion“, das im Rahmen des hochkompetitiven EU-Programmes „Horizon 2020“ gefördert wird, wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. Ebenso fortgesetzt wurde das Projekt zu den Formen der Sharing Economy in Wien gemeinsam mit der MA 23 der Stadt Wien.

Auch im Berichtsjahr fand internationaler Austausch auf unterschiedlichen Ebenen statt: Das Forschungsinstitut ist Partner der europäischen COST-Action „Local Public Sector Reforms: An International Comparison“ (Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer), einem europäischen Forschungsnetzwerk mit über 100 Wissenschaftler/innen aus derzeit 27 Ländern. Das

konkrete Ziel ist die vergleichende Analyse lokaler Reformmaßnahmen in ausgewählten Bereichen. Dieser (bisher einzigartige) systematische Vergleich soll in weiterer Folge auch Rückschlüsse für eine zukünftige Modernisierung des öffentlichen Sektors erlauben.

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer war im Berichtsjahr Program Chair der OMT Division der Academy of Management. Zudem sind Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer als Präsidentin und Dr. Stephan Leixnering als ihr Stellvertreter im Vorstand der Österreichischen Vereinigung für Organisation und Management (ÖVO) tätig.

Wissenschaftler/innen des Forschungsinstituts trugen auch als Gastgeber/innen internationalen Austauschs zur Vernetzung bei. 2018 waren Prof. W. E. Douglas Creed (The University of Rhode Island, Boston/MA, USA), erneut als Fulbright Visiting Professor am Forschungsinstitut tätig. Weiters waren Prof. Dr. Ulf Papenfuß (Zeppelin-Universität, Friedrichshafen, Deutschland), Dr. Jeroen Veldman (Cass Business School, City University, London, Großbritannien) und Dr.ⁱⁿ Dominika Wruk (Universität Mannheim, Deutschland) im Berichtsjahr Gäste des Forschungsinstitutes. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Renate Meyer war zudem als internationales Mitglied Centre for Not-for-profit and Public-sector Research an der Queen's Management School, Belfast, Großbritannien, tätig.

Kontakt

Forschungsinstitut für
Urban Management und Governance
WU Wirtschaftsuniversität Wien
Welthandelsplatz 1, 1020 Wien
www.wu.ac.at/urban